

Stettiner Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 25. November. Die englischen Minister haben jetzt gleichfalls im Parlament erklärt, daß es sich bei der Konferenzfrage größtentheils darum handeln werde, wie sich die beiden nächstbestimmten, die italienische und die päpstliche Regierung zu derselben stellen werden. Dieselben haben andererseits auch bestätigt, daß diese beiden Regierungen bis jetzt eine bestimmte Erklärung nicht abgegeben haben. In der englischen Thronrede wurde bekanntlich auch die Hoffnung ausgesprochen, daß der Kaiser Napoleon durch die baldige Zurückziehung seiner Truppen aus dem Kirchenstaate jeden möglichen Grund zu Mißverständnissen zwischen Frankreich und Italien beseitigen werde. Die offiziöse „Patrie“ ist dadurch zu einer Entgegnung veranlaßt worden, in welcher der Standpunkt dargelegt wird, welchen die französische Regierung in Betreff der Frage der ferneren Okkupation des Kirchenstaats einnimmt. Das Blatt sagt: „Wir sind nach Rom zurückgekehrt, um die Vollziehung eines Vertrages zu sichern, der für uns, wie auch die Thronrede erklärt hat, so lange bestehen wird, als er nicht durch neue internationale Stipulationen ersetzt worden ist. Wie sehr wir auch die Rückkehr zu beschleunigen wünschen, so müssen wir dieselbe doch dem Abschluß eines neuen Vertrages unterordnen. Der gegenwärtige Zustand ist provisorisch und precar, er hält die Dinge, wie sie sind, aufrecht. Wir allein können aus dieser provisorischen Lage nicht herauskommen, wir allein vermögen nur das Eine, die gegenwärtige Situation fortbauern zu lassen. Damit wir dieselbe aufgeben können, wenden wir uns an Europa, und fordern dasselbe auf, in dauernder und definitiver Weise die Interessen zu regeln, an welchen alle Mächte theilhaftig sind. Dieser Gesichtspunkt ist in der englischen Thronrede übersehen. Die Rückkehr der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate würde, wenn das offiziöse Blatt die Ansichten der französischen Regierung getreu wiedergibt, also nur dann erfolgen, wenn eine europäische Konferenz zu Stande kommt und an Stelle des jetzigen provisorischen Zustandes eine definitive Organisation setzt. — Die Unterzeichnung der Postverträge ist heute erfolgt. Es handelt sich bekanntlich um 3 Verträge: um einen Vertrag 1) zwischen dem norddeutschen Bunde einer- und Bayern, Württemberg und Baden andererseits, 2) zwischen diesen vier einer- und Oesterreich andererseits und 3) zwischen dem norddeutschen Bunde und Luxemburg. Die Ratifikation der Verträge soll innerhalb 3 Wochen erfolgen. Der (deutsch-österreichische) Postvertrag vom 18. August 1860 tritt mit Ablauf dieses Jahres außer Wirksamkeit. Zu derselben Zeit kommen die Separat-Postverträge zwischen den einzelnen Theilnehmern des gegenwärtigen Vertrags in Wegfall, als die Bestimmungen derselben mit dem gegenwärtigen Vertrage sowie den darauf bezüglichen Reglements und den Ausführungsinstruktionen nicht vereinbar sind. Diese Feststellung findet auch Anwendung auf die Separat-Postverträge, die bisher zwischen dem zum norddeutschen Bunde gehörigen nichtpreussischen Postgebieten und den süddeutschen Staaten bestanden haben. Die Festsetzungen der abgeschlossenen Verträge beziehen sich a) auf Brief- und Fahrpostsendungen, welche dem Verkehr der Gebiete zweier oder mehrerer der vertragsabschließenden Theile unter einander angehören, nämlich auf den Wechselverkehr; b) auf Brief- und Fahrpostsendungen, welche im Verkehr der vertragsabschließenden mit fremden Staaten oder im Verkehr fremder Staaten unter sich vorkommen, insofern bei denselben die Gebiete von mindestens zwei der Vertragstheilnehmer berührt werden, nämlich auf den Durchgangsverkehr.

Berlin, 24. November. Se. Maj. der König ist Sonnabend Abends mit den königlichen Prinzen und den übrigen fürstlichen Personen, dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck u. von Cruden nach Berlin zurückgekehrt.

Das „Tef. J.“ läßt sich aus Berlin telegraphiren: „Die Einigung mit Dänemark über die schleswigsche Nordgrenze darf als gesichert angesehen werden; dagegen hat Graf Nauade die preussischen Vorschläge für die Behandlung der deutschen Nationalität in den abzutretenden Distrikten nur ad referendum genommen.“

Berlin, 23. November. (Haus der Abgeordneten.) 6. Sitzung. Eröffnung 12 1/2 Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt, am Ministerisch Herr v. Schom, später Frhr. v. d. Heydt. — Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Spangenberg in einer ihn betreffenden Wahlangelegenheit, die jedoch das Haus wenig interessiert. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: 1) die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Staatshaushalts-Gesetzes. — Präsident v. Forckenbeck schlägt die Vorberatung im ganzen Hause vor, und beantragt zugleich, ihn zu ernennen, für jede einzelne Etatsgruppe bestimmte Referenten zu ernennen, welche nach Conferirung mit der Staatsregierung über die einzelnen Abschnitte Bericht zu erstatten haben sollen. Man beginne mit diesem Etat einen neuen Abschnitt der preussischen Finanzgeschichte, um so gründlicher dieselbe beraten werden. Eine gründliche aber und zugleich schleunige Erledigung des Etats, Beschlußfassung über das Budget vor dem 1. Januar, sei nur möglich durch Annahme seines Vorschlages. — Abgeordn. Freiherr v. Hoyerbed: Ich beantrage die Ueberweisung des Etatsgesetzes zur Vorberatung an die Budget-Kommission, d. h. an diejenige Kommission, welche zur Prüfung des Staatshaushalts-Gesetzes gewählt worden ist. Ich bin nicht bei allen Gesetzen gegen die Vorberatung im Hause; aber ich bin dagegen, wenn es sich handelt um die allerwichtigsten, am längsten dauernden und gerade in dem Detail am genauesten zu prüfenden Punkte. Gerade bei dem Budget ist die Kommission das einzige Mittel, um die Diskussion im Hause selbst fruchtbringend zu machen. Es sind das Gründe, die für jeden Etat gelten. Aber der diesjährige Etat ist vorzugsweise der allerungünstigste für eine Vorberatung im Hause. Nachdem verschiedene Einzelstats aus unserem Hauptetat ausgeschieden sind, sind die Grenzen noch vielfach unsicher, innerhalb derselben wir z. B. über den auswärtigen Etat, über die Konjunkte u. dgl. zu bestimmen haben. Diese Grenzen müssen klar und genau gezogen werden. Viel wichtiger noch ist die Arbeit, die finanziellen Verhältnisse der neuen Provinzen gründlich kennen zu lernen und diese sodann mit unserm Etat zu verknüpfen. Das ist eine Aufgabe, wie sie noch keinem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegen hat. Was die Nothwendigkeit betrifft, den Etat vor dem 1. Januar festzustellen, so halte ich diese Sache nur relativ für wichtig. Es giebt ja ein verfassungsmäßiges Mittel zur Befreiung der sich aus dem spätem Zusammenkommen des Etats ergebenden Mißstände. Die Regierung legt einen

Gesetz vor, der ihr für die ersten Monate des nächsten Jahres einen vorläufigen Kredit bewilligt. Zum Schluß, meine Herren, welchen Modus der geschäftlichen Behandlung Sie auch einschlagen mögen, bis zum 1. Januar wird diese Arbeit unter keinen Umständen in einer gründlichen und der Landesvertretung würdigen Weise fertig zu machen möglich sein.

Abg. Twesten: Zweifelhaft wird die rechtzeitige Feststellung des diesjährigen Etats immer sein, möglich aber wird sie nur durch die Vorberatung im Hause. Ein überwiegendes Gewicht freilich lege ich hierauf nicht, entscheidend sind für mich andere Gründe. Im vorigen Jahre ist zuerst der Versuch der Vorberatung im Plenum gemacht worden, und ich behaupte, daß dieser Versuch ein sehr wohlgegelungener war. Die wesentlichsten Geschäfte der Kommission können eben so gut und besser im Plenum erledigt werden. Die alte bürokratische Praxis der schriftlichen Kommissionsberichte darf nicht wieder eingeführt werden. Bei der Vorberatung werden übrigens gerade die Herren Abgeordneten aus den neuen Landestheilen, welche jetzt in der Budget-Kommission nur in geringer Zahl vertreten sind, im Stande sein, hier im Hause die nöthigen Aufklärungen über Alles zu geben, worüber den älteren Mitgliedern die Information fehlt, und wir bedürfen ja dringend ihrer Auslast. Die Ernennung einzelner Referenten über bestimmte Gruppen des Etats wird unsere Information noch erhöhen. — Abg. Waldeck (für den Antrag v. Hoyerbed): Gründlichkeit ist das erste Erforderniß bei der Budgetberatung, namentlich wenn die ganze Zukunft der folgenden Budgets davon abhängt. Die Ernennung von Kommissarien, durch die doch eben selbst die Nothwendigkeit einer gründlicheren Beratung zugestanden wird, genügt nicht; es ist unmöglich, daß einzelne Mitglieder Alles so gut übersehen können, wie eine Kommission von Sachverständigen, zumal eine Kommission, die nach dem Prinzip gewählt ist, wie unsere jetzige Budget-Kommission, die nach Vereinbarung unter den einzelnen Fraktionen gebildet ist und deshalb das allgemeinste Vertrauen besitzt. Wählen Sie wieder die von früher her bekannte tumultuarische Art der Beratung, so vermehren Sie die Arbeit der Mitglieder des Hauses ohne Grund und zum Nachtheile der übrigen Arbeiten. Der Vergleich mit den Beratungen des Reichstages ist nicht zutreffend, da das Reichsbudget bedeutend einfacher ist. Ich bitte Sie deshalb, in Ihrem Interesse und im Interesse der Sache nicht den Weg der Ueberföhrung zu wählen. (Beifall links.) — Abg. Graf Schwerin unterstützt den Vorschlag des Präsidiums. Die Gründlichkeit der Beratung wird, das hat sich bereits gezeigt, durch die Vorberatung nicht beeinträchtigt, sondern gefördert. Einzelne kleine Spezialitäten werden wohl besser in der Kommission erledigt, aber große Prinzipienfragen müssen in der Plenarversammlung verhandelt werden. Es ist von Wichtigkeit, daß die Erklärungen der Regierung nicht durch den Spiegel der Kommission wahrgenommen, sondern von Mund zu Mund gegeben werden. Von einer tumultuarischen Beratung im vorigen Jahre habe ich nichts gemerkt, die Beratung ging vielmehr mit großer Ruhe und Gründlichkeit vor sich. (Widerstand links). Der Hauptgrund für die Vorberatung im Hause ist der, daß die Möglichkeit, vor dem Schluß des Jahres mit dem Budget zu Ende zu kommen, vergrößert wird. Ich meine, daß dies für die Herren, die sonst so strenge auf Innehaltung der Verfassung bedacht sind, maßgebend sein dürfte.

Finanzminister v. d. Heydt: In Uebereinstimmung mit Allem, was der letzte Redner gesprochen, spreche ich den dringenden Wunsch aus, das hohe Haus möge sich für die Vorberatung im Plenum entscheiden. Die Regierung hat den dringenden Wunsch, daß nicht nur die Mitglieder der Budget-Kommission, sondern alle Mitglieder des Hauses vollständig informiert werden, und die Regierung ihrerseits wird sich angelegen sein lassen, Alles dazu beizutragen, was möglich ist; die Regierung legt außerdem großen Werth darauf, daß der Etat noch vor Ablauf dieses Jahres publiziert werde. Sie hat es sich deshalb angelegen sein lassen, trotz aller Schwierigkeiten den Etat schon in der ersten Sitzung nach der Konstituierung des Hauses vorzulegen. Ich bin aber überzeugt, daß auf dem Wege der Budget-Kommission die Publikation des Etatsgesetzes vor Ablauf des Jahres nicht erfolgen können, während ich hoffe, daß dies bei einer Vorberatung im Plenum, unbeschadet der Gründlichkeit, geschehen wird. Die Beratung des vorigen Jahres hat auch überall allseitige Befriedigung hervorgerufen, nicht nur in diesem hohen Hause, sondern im ganzen Lande; ich bin überzeugt, daß es auch dem allseitigen Wunsche des Landes entsprechen wird, wenn Sie diesmal wieder den Weg der Vorberatung wählen, den ich Ihnen nochmals dringend empfehle. — Abg. Reichensperger (für den Antrag Hoyerbed): Es handelt sich hier um eine wichtige Prinzipienfrage, welche auf die Entwicklung unseres ganzen Repräsentativsystems von Einfluß ist: es handelt sich darum, ob Sie, was in der Geschäftsordnung wohlwogener nur als Ausnahme hingestellt worden ist, zur Regel machen wollen. Dies würde ich aber für sehr verwerflich halten. Es ist nicht richtig, daß bei der letzten Vorberatung der Schwerpunkt im Plenum lag; er lag vielmehr in den Fraktionen, indem die Sache — naturgemäß in kleineren Kreisen, vorbereitet werden mußte, eine Fachkommission aber nicht existirte, in de. die Beratung jedenfalls noch gründlicher und besser geschehen wäre. Die große Zufriedenheit, die von Seiten der Staatsregierung so häufig mit dieser Art von Beratung ausgesprochen worden, sollte uns wohl eher etwas zum Nachdenken anregen, als in derselben bestärken (Beifall links); denn die Budgetberatung ist die wirksamste Kontrolle der Staatsregierung, die wir nicht in leichtfertiger Weise vornehmen sollten. — Abg. v. Bennigsen: Eine gründliche Behandlung liegt ebenso im Interesse der Abgeordneten aus den neuen Landestheilen, damit sie sich in die preussischen Verhältnisse finden lernen, wie es für die Vertreter der alten Provinzen wichtig ist, sich über unsere Verhältnisse zu informieren; eine gründliche Beratung der Etats kann aber nur stattfinden auf Grund der Vorschläge des Herrn Präsidenten. Durch Kommissarien, welche sich mit der Regierung in Verbindung setzen und durch geeignete Vorbesprechungen in den Fraktionen können alle Fragen hinreichend gründlich erörtert werden. Ich glaube nicht, daß uns der Antrag deshalb verächtlich werden muß, weil er die Billigung der Regierung findet; gerade bei der Budgetberatung ist ein möglichst gegenseitiges Entgegenkommen nothwendig und so lange wir nicht Erfahrungen gemacht haben, die uns von der Nothwendigkeit des Gegentheils überzeugen, wollen wir ein Zusammengehen versuchen. — Abg. Karsten: Für uns Abgeordnete aus den neuen Landestheilen ist es durchaus unmöglich, uns ohne eine Kommissionsberatung in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Ich bitte Sie deshalb, aus Billigkeitsgründen gegen uns die Vorberatung im Hause abzulehnen. Sollten Sie aber dieselbe trotzdem annehmen, so wünsche ich, daß das Präsidium die Regierung zu der Erklärung veranlasse, daß sie den Kommissarien jede gewünschte Aufklärung ertheilen werde, und daß ferner die Zahl derselben nicht beschränkt werde, weil nur dadurch eine allgemeine Information möglich wird. — Nachdem der Finanzminister jede zur Aufklärung erforderliche Information zugesagt, wird der Antrag v. Hoyerbed's auf Ueberweisung an die Budget-Kommission abgelehnt — (dafür stimmen die Fortschrittspartei, das Centrum, das linke Centrum, die Schleswig-Volsteiner), und der Vorschlag des Präsidiums auf Vorberatung im Plenum und auf eine ihm zu ertheilende Ermächtigung zur Ernennung von Kommissarien, fast einstimmig (Schluß folgt)

Königsberg, 23. November. Es heißt, daß in einigen an der Grenze nach Rußisch-Polen belagerten diesseitigen kleineren Städten Waffensentungen, die nach Rußisch-Polen bestimmt waren, mit Beschlag belegt worden sind.

Königsberg, 23. November. Fluß und Hoff sind mit Eis bedeckt, zwei beladene Dampfer haben heute vergeblich versucht, von Pillau hierher durchzukommen.

Mendenburg, 23. November. Bei der heute stattgehabten Nachwahl des dritten Wahlbezirks wurde der Herausgeber der Kieler Zeitung, Dr. Ablmann, zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Dresden, 23. November. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die General-Debatte über das Budget in lebhaftester Weise geführt. Fabnauer, Nibel und Schrad griffen die Regierungsvorlage an, in welcher sie Einsparnisse vermissten. Gesandte seien außer für Berlin unnöthig. Nachdem die Minister v. Frisken, v. Kossig und v. Fabricie die Vorlage verteidigt, wird das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, für die Gesandtschaften und für den norddeutschen Bund angenommen.

München, 24. November. Nach einem Telegramm der „Süddeutschen Presse“ aus Wien hat der Papst seine Zustimmung zur Bescheidung der Konferenz nur gegeben, nachdem ihm die von der Majorität der katholischen Mächte unterstützte Versicherung gegeben war, die weltliche Herrschaft solle im Prinzip aufrecht erhalten bleiben. Der Papst soll ferner das Verlangen gestellt haben, daß die Konferenz in Rom zusammentrete.

Wien, 23. November. Die „Presse“ meldet, daß die Kommission des Herrenhauses das vom Abgeordnetenhaus votirte Delegationsgesetz unverändert angenommen. — Dem „Fremdenblatt“ zufolge hat Portugal den Konferenzvorschlag bedingungslos angenommen.

Wien, 24. November. Das „Tageblatt“ veröffentlicht eine Privatnachricht aus Konstantinopel, wonach die Gesundheit des Sultans wieder hergestellt ist und zur Zeit eine Ministerkrise besteht. Die Reformpartei hat Aussicht, an das Ruder zu gelangen, doch zögert der Sultan noch, das Programm derselben anzunehmen, welches in Bezug auf Kreta die Ausföhrung der Ratschläge der Mächte und die Zulassung einer internationalen Kommission fordert.

Agram, 23. November. Die bisherigen Wahlen für den kroatischen Landtag sind zum größten Theile unkonstitutiv ausgefallen.

Paris, 23. November. Der „Univers“ zweifelt an der Annahme der Konferenz Seitens des Papstes. — Die „France“ dagegen hält die Zustimmung desselben aufrecht und fügt hinzu, daß Italien ebenfalls die Einladung annehme, bestritt indessen, daß der preussische Botschafter Graf Goltz bei Marquis de Moutier Schritte wegen der an Sachsen und Hessen-Darmstadt gerichteten Einladungen gethan hätte, indem sie bemerkt, daß beide Staaten immer im Auslande diplomatisch vertreten gewesen wären. — Die „Patrie“ und die „Presse“ sagen, daß der Vatikan den Konferenzen zustimme, dabei noch keine offizielle Anzeige gemacht habe. — Das Gerücht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika verlangt hätten, an den Beratungen über die Römische Frage theilzunehmen, wird dementirt. — Der „Estandard“ veröffentlicht eine Depesche aus Brüssel, welche das zwischen Brüssel und Wien wegen des Nachlasses des Kaisers Maximilian getroffene Abkommen bestätigt. Er widerspricht ferner dem Gerüchte, daß Veränderungen in der Rede des Kaisers in Folge ernster Vorstellungen der Minister gemacht seien, und kündigt außerdem die Zustimmung von Rom und Florenz zur Konferenz an. — Die Darlegung der gegenwärtigen Lage hat eine gute Aufnahme gefunden.

Der Wortlaut der gestern angenommenen Interpellation ist folgender: Die unterzeichneten Senatoren sprechen dem Kaiser ihren Dank aus, welcher, indem er Rom erhalten, die nationale Ehre gewahrt hat, und bitten die Regierung über die Folgen zu befragen, welche die letzten Ereignisse in dem Römischen Staate hervorbringen werden, um die weltliche Macht des Papstes gegen die laut erhobenen Ansprüche und die offenen Drohungen zu garantiren.

Es folgen fünfzehn Unterschriften. Debatte und Beratung sind auf nächsten Freitag festgesetzt. Es erfolgte noch die Aufnahme neuer Senatoren und Berichte über Petitionen.

Das Korps legislatif hat heute entschieden, daß die Interpellationen in Bezug auf die Römische Angelegenheit am 2. Dezember verhandelt werden sollen, die äußeren Fragen wegen Deutschland und Italien nachher. Die Opposition verlangte, daß diese zuerst besprochen werden sollten.

Das gelbe Buch, welches heute ausgegeben worden ist, enthält u. A. das Circular über die Konferenz in der Römischen Angelegenheit. Dasselbe sagt: Die Ereignisse, welche sich fordern in der Halbinsel zugetragen, geben uns eine ernste Lehre und sind der Natur, daß sie alle europäischen Kabinette beschäftigen müssen. Wenn die Regierung des Kaisers sich genöthigt gesehen hat, die ihr gegenüber eingegangenen Verpflichtungen unanstandslos zu erfüllen, wenn sie den gemäßigten Gemüthern, welche in Italien die Größe des Landes auf reellere Grundlagen stellen wollen, durch Festigkeit neue Kraft giebt, so kann die Aufgabe, welche Frankreich durch die Umstände zugefallen ist, nicht ausschließlich ihm obliegen. Wenn seine Bemühungen vollständig wirksam sein sollen, so müssen sie von den andern nicht minder dabei interessirten Regierungen getheilt werden, um die Prinzipien der Ordnung und Stabilität in Europa zur Geltung zu bringen. Die Rückstufen, welche zu einer andern Zeit den europäischen Kabinetten eine Prüfung abthür Fragen schwierig gemacht hätten, bestehen nicht mehr. Es ist jetzt anerkannt, daß die Mächte, welche im Frieden leben, fernerhin nichts zu befürchten haben, als ihre eigenen Aufwallungen. Italien bietet nicht länger einen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und zum Streite, aber es kann nichts distowentiger, so lange die ernste Aufmerksamkeit Aller auf die Lage Italiens und die des bethigen Stuhls nicht gelenkt ist, ein Anlaß zu Unruhen und ein Gegenstand des Nachdenkens für Alle sein. Diese Lage berührt nicht allein die allgemeine Ruhe und die religiösen und moralischen Gefühle der ver-

